

# RS Vwgh 2018/5/9 Ra 2018/12/0014

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.05.2018

## Index

001 Verwaltungsrecht allgemein  
10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
40/01 Verwaltungsverfahren  
65/01 Allgemeines Pensionsrecht

## Norm

AVG §68 Abs1;  
AVG §69 Abs1 Z2;  
B-VG Art133 Abs4;  
PG 1965 §4 Abs1 Z1 idF 2013/I/210;  
VwGG §34 Abs1;  
VwRallg;

## Rechtssatz

Im Falle einer nachträglichen Neufestsetzung des Vorrückungstichtags und der sich daraus ergebenden besoldungsrechtlichen Stellung durch die Dienstbehörde, ändert sich, wenn dies - unter Rücksicht auf die Verjährungsbestimmungen -

zu einer Nachzahlung führt, dadurch auch die tatsächliche Besoldung in den von der Nachzahlung betroffenen Monaten. Damit wäre jedoch die Rechtskraft des Feststellungsbescheids über die gebührende Gesamtpension durchbrochen (vgl. VwGH 9.9.2016, Ro 2015/12/0025; 24.2.2010, 2009/12/0121). Neu entstandene Tatsachen, also Änderungen des Sachverhalts nach Abschluss des Verfahrens, erübrigen eine Wiederaufnahme des Verfahrens, weil in diesem Fall einem Antrag auf der Basis des geänderten Sachverhalts die Rechtskraft des bereits erlassenen Bescheids nicht entgegensteht (vgl. VwGH 21.9.2000, 98/20/0564).

## Schlagworte

Neu hervorgekommene entstandene Beweise und Tatsachen nova reperta nova producta  
Rechtskraft Umfang der  
Rechtskraftwirkung Allgemein Bindung der Behörde  
Individuelle Normen und Parteienrechte  
Rechtswirkungen von  
Bescheiden Rechtskraft VwRallg9/3

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2018:RA2018120014.L02

## Im RIS seit

12.06.2018

## Zuletzt aktualisiert am

19.11.2018

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)